

Beschluss der 4. Tagung des 4. Landesparteitages der LINKEN Brandenburg

Vor 4 Jahren, im November 2011, flog das Terrornetzwerk „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) auf. Damit endete eine zehnjährige Mordserie in Deutschland. Der Terror des NSU schlug zeitlich die Brücke von der rechten Gewalt der neunziger Jahre zum Rechtsterrorismus heute. Während Menschen aus anderen Teilen der Welt in historisch beispiellosem Ausmaß Zuflucht in Deutschland suchen und hier freundliche Aufnahme und tatkräftige Unterstützung finden, nehmen auf der anderen Seite Fremdenfeindlichkeit und Gewalt dramatisch zu.

Allein bis Anfang November hat sich bundesweit die Zahl der Straftaten gegen Asylunterkünfte mit 637 im Vergleich zum gesamten Vorjahr mehr als verdreifacht (2014: 199). 70 Prozent aller rechts motivierter Straftäter sind der Polizei vorher nicht bekannt gewesen.

Die Gewalt kommt aus der Mitte der Gesellschaft, bislang unauffällige Menschen radikalieren sich bis zum Äußersten. Die Frage steht im Raum, ob es sich dabei um ein zufälliges Nebeneinander oder Nacheinander handelt – oder ob sich dahinter eine Struktur verbirgt bzw. ob sie in der Entstehung ist. Gegen die zunehmende Gewalt muss mit aller Härte von Recht und Gesetz vorgegangen werden – aber zugleich sind Politik und die Gesellschaft insgesamt gefordert.

Die Immunisierung gegen Intoleranz und rechte Gewalt, die Praktizierung und Vertiefung humanistischer Werte, tätige Solidarität und Offenheit – das sind die Anforderungen an unseren Alltag, heute und morgen.

Zugleich werden wir dem aber nicht gewachsen sein, wenn wir uns nicht auch der Lehren der jüngsten Vergangenheit ständig vergewissern und weiter daran arbeiten.

Der Terror des NSU und seine Hintergründe sind noch lange nicht aufgeklärt. Die Netzwerke, die ihn möglich machten, haben noch immer die Kraft zur Vertuschung und Verschleierung.

Brandenburg hat wie kaum ein anderes Bundesland die Geschichte ungeklärter Todesfälle intensiv aufgearbeitet und dabei festgestellt, dass es mehr Opfer rechter Gewalt gegeben hatte, als zunächst ermittelt worden war. Gerade deswegen bleibt diese kritische Selbstüberprüfung für uns die Leitlinie unseres Handelns.

DIE LINKE Brandenburg sieht deswegen weiterhin dringenden Aufklärungsbedarf zum NSU. Sie setzt sich dafür ein, dass jegliche Behinderungen der Aufklärungsprozesse, wie beispielsweise im anhängigen Verfahren vor dem Oberlandesgericht München (OLG) und im zweiten Untersuchungsausschuss des Bundestages, unterlassen werden. Hierzu zählt unter anderem, dass DIE LINKE weiterhin an der Bereitstellung aller Akten an das OLG und den Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages festhält, um die möglichen Verstrickungen Brandenburger Sicherheitsbehörden mit rechten Einzelpersonen, Gruppen und Netzwerken seit 1990 lückenlos aufzuklären. DIE LINKE erachtet parlamentarische Untersuchungsausschüsse als Teil einer möglichen, adäquaten Aufklärung. DIE LINKE Brandenburg fordert eine wissenschaftliche und öffentliche Debatte zur Aufarbeitung rechter Gewalt.

DIE LINKE setzt sich für die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschuss in dieser Frage ein. Wenn dies mit dem Koalitionspartner nicht durchsetzbar sein sollte, fordert DIE LINKE Brandenburg als Alternative zu einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss eine Aufklärung durch eine wissenschaftliche Aufarbeitungskommission unter Beteiligung anerkannter Akteure der Zivilgesellschaft, die mit den dafür notwendigen Akteneinsichts- und Zeugenbefragungsrechten ausgestattet wird .

Der Landesparteitag der LINKEN Brandenburg fordert den Landesvorstand und die Linksfraktion im Brandenburger Landtag dazu auf, gemeinsam mit Interessierten der Partei ein Konzept für die Etablierung eines Institutes zur Analyse der Entwicklungen neonazistischer Strukturen im Land Brandenburg zu erarbeiten. Ziel ist es u.a., ein wissenschaftliches Frühwarnsystem vor militanten

Neonazis und rechten Radikalisierungstendenzen zu entwerfen. Dieses Konzept sollte bis spätestens Juni 2016 vorliegen. Im Zusammenspiel mit bereits existierenden Strukturen in der Zivilgesellschaft, die zur Aufklärung über die neonazistische Szene Brandenburgs beitragen, soll es eine wichtige Rolle im Bereich der Aufklärung und Beobachtung rechter Demokratiefeinde einnehmen. Insbesondere sollen Rückschlüsse aus der Radikalisierungswelle der 1990er und 2000er Jahre gezogen werden, um adäquate Lösungsvorschläge zu erneut aufkeimendem Rechtsradikalismus unterbreiten zu können.